

Tischvorlagen für den Organisations- und Personalausschuss am 22.08.2018

Bericht der Dezernentin hier: Stellenplan 2019/2020

Mit den Vorgaben des Organisationsrundschreibens 01/2018 sollte grundsätzlich eine Ausweitung der Stellenpläne 2019 und 2020 vermieden werden. Mehr noch als in den vergangenen Jahren galt der Grundsatz, dass zusätzliche Stellen nur aufgrund von Ratsbeschlüssen, gesetzlichen Änderungen, Stellenbemessungen bzw. nachgewiesenen Fallzahlensteigerungen oder wirtschaftlichen Gründen (refinanzierte oder haushaltsneutrale Aufgaben) unter Benennung von Deckungsvorschlägen eingerichtet werden durften.

Nach Beendigung des verwaltungsinternen Verfahrens zur Veranschlagung von Stellenneueinrichtungen im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019/2020 und aufgrund der Pressemeldungen möchten wir Sie über den derzeitigen Sachstand informieren.

Die Fachbereiche und Ämter der Kernverwaltung (ohne Zusatzversorgung und ohne Eigenbetriebe mit eigenen Wirtschaftsplänen) haben im Rahmen der Stellenplanaufstellung beim Fachbereich Personal und Organisation insgesamt 1.311 Anträge auf Stellenneueinrichtungen gestellt. Nach sachgerechter Prüfung wurden hiervon 874 Anträge auf Stellenmehrbedarf vom FB 18 als plausibel anerkannt, davon 488 Stellen als ansatzerhöhend. Das hätte eine Erhöhung des Haushaltansatzes um 30,19 Mio. € bedeutet.

Um einen ausgeglichenen Haushalt sicherzustellen und ein weiteres Haushaltssicherungsprogramm zu vermeiden, wurde der Personalkostenetat für 2019 und 2020 zunächst pauschal um ca. 10 Mio. € reduziert. Dies entspricht dem Durchschnitt der Unterschreitung in den letzten Jahren. Zur o.g. Zielerreichung war es notwendig, weitere Stellen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Die Dezernentenkonferenz verständigte sich auf Vorschlag des Personal- und Organisations- und des Finanzdezernates darauf, die Stellenbedarfe um 25 % pro Fachbereich zu reduzieren. Dabei gab es auch die Möglichkeit statt der Streichung Sachkosten zur Deckung bzw. andere Stellen im Stellenplan, die weniger benötigt werden, anzubieten.

-82,67 Stellen wurden daraufhin zur Streichung vorgeschlagen. Mit der Genehmigung von weiteren 6,5 Stellen mit Deckung durch Sachkosten und der Einrichtung von 34 Stellen für das Thema Eigenfertigung im Rahmen der Umsetzung des Tarifvertrages Beschäftigungssicherung wurden in Summe 832 Stellen für die Mehrbedarfe 2019 und 2020 genehmigt.

Stellenmehrbedarfe nach Kategorien:

- 87 gesetzliche Vorgaben
- 114 Ratsbeschlüsse
- 106 Refinanzierte Aufgaben
- 232 Stellenbemessungen / Fallzahlsteigerung
- 293 sonstige Gründe

Beispiele für Stellenmehrbedarfe ab 10 Stellen

Aufgabe		Stellen
1	Erhöhung der Baumkontrollen i. R. der Verkehrssicherungspflicht	68,13
2	Einrichtung eines städtischen Ordnungsdienstes	52,00
3	Ausbau der Kita- und Krippenbetreuung	47,24
4	Inbetriebnahme des Familienzentrums und der KiTa Am Schützenplatz	41,03
5	Anstieg der Aufgaben der Flüchtlings-/Obdachlosenunterbringung	38,00
6	Erhöhung der sog. „Eigenfertigung“ im Fachbereich Gebäudemanagement	34,00
7	Integrationsmanagement für Flüchtlingsunterkünfte Fachbereich Soziales	30,00
8	Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes für Menschen mit Behinderungen	22,00
9	Sachgebiet Ausländerangelegenheiten gestiegene Fallzahlen	21,50
10	Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes	19,25
11	Aufstockung des Rettungsdienstes mit Disponenten	19,00
12	Auswirkungen der Digitalisierung an verschiedenen Stellen	17,00
13	Aufstockung der Verwaltungsbereiche/ Anstieg Mitarbeiter*innenzahlen	15,15
14	Gymnasialausbau und Ganztagschulen	13,00
15	Flüchtlingsbetreuung, vor allem für die Integration Fachbereiche Schule und VHS	11,68
16	Sicherstellung der Öffnungszeiten in den Stadtteilkultureinrichtungen	10,00
17	Lehrer*innen Deutsch als Fremdsprache	10,00
14	Betrieb der Jugendberufsagentur, u.a. für das Beratungsangebot PACE	<u>9,50</u>
Summe		478,48

25%-Reduzierung der ansatzerhöhenden Stellen

Streichungen nach Dezernaten:

GOB:	2,00 Stellen
Dezernat I (FB 41):	4,25 Stellen
Dezernat II (FB 20 und 32):	13,25 Stellen
Dezernat III (FB 50, 52, 57):	6,31 Stellen
Dezernat IV (FB 18, 37, 40, 43, 51):	38,47 Stellen
Dezernat V (FB 19, 23, 67):	29,20 Stellen
Dezernat VI (FB 61 und 66):	8,50 Stellen

Beispiele für Streichungen:

- 19,24 Stellen Gärtner/-innen Verkehrssicherungspflicht (FB Umwelt und Stadtgrün)
- 8,50 Stellen Eingangsbereich Schützenplatz (FB Öffentliche Ordnung)
- 5,00 Stellen für verschiedene Programme (FB Gebäudemanagement)
- 3,00 Stellen Gemeinwesenarbeit Kronsberg Süd & Mühlenberg (FB Soziales)
- 2,50 Stellen Ausweitung Rucksackprogramm (FB Schule),
- 2,50 Stellen Schulverwaltungskräfte (FB Schule)
- 2,50 Stellen Unterhaltsvorschussgesetz (aus Initiativantrag Personalrat Jugend und Familie)
- 2,04 Stellen Verwaltungskräfte Jugend- & Familienberatung (FB Jugend und Familie)
- 2,00 Stellen Dokumentenmanagementsystem (FB Personal und Organisation),
- 2,00 Stellen Springer Schulhausmeister (FB Schule)
- 2,00 Stellen Überprüfung Notbrunnen (FB Feuerwehr),
- 2,00 Stellen Sachbearbeiter Unterbringung und Technik (FB Planen und Stadtentwicklung)
- 2,00 Stellen für mobile Geschwindigkeitsüberwachung (FB Tiefbau)
- 1,00 Stellen Sachbearbeitung Prostituiertenschutzgesetz (FB Öffentliche Ordnung)

Zusätzlich wurde für die Deckung von 19,31 weiteren Stellen Sachaufwand zur Gegenfinanzierung gemeldet

Auch wenn die Fachbereiche und vor allem der Gesamtpersonalrat mit den aus Sicht der Verwaltungsführung notwendigen Streichungen nicht unbedingt zufrieden sein können, ist das Verfahren sehr transparent und fair geführt worden. Die Beschlüsse wurden zwischen den Dezernaten und dem Oberbürgermeister einvernehmlich gefasst.

Von diesen 832 Stellen werden 562 Stellen für dauerhafte Aufgaben zur Einrichtung in die Stellenpläne 2019 und 2020 vorschlagen, die restlichen 270 Stellen werden zunächst nur zeitlich befristet genehmigt und können daher zunächst noch außerhalb des Stellenplanes geführt werden. Da einige der aufgeführten Stellenmehrbedarfe bereits in den Vorjahren zeitlich befristet genehmigt wurden (Personalkosten sind schon eingeplant) und andere wiederum durch Einnahmen refinanziert sind, steigt der Personalaufwand im Haushalt 2019/2020 somit netto „nur“ im Umfang von 347 Stellen. Das bedeutet eine Erhöhung des Haushaltsansatzes für neue Stellen um 22,17 Mio.€.

Die Gesamtlage zu den Stellenplänen 2019 und 2020 wird mit der Einbringung der Stellenplandrucksache in der Novembersitzung des Personal- und Organisations-ausschusses erörtert und nach den Haushaltsberatungen in der Dezembersitzung zur Entscheidung vorgelegt.

Um das Gesamtbild abzurunden hat der Fachbereich Personal und Organisation gemeinsam mit dem Fachbereich Finanzen und den dazugehörigen Dezernaten die Ziele des Haushaltssicherungsprogramms IX+ nahezu erreicht (Einsparung von 8,5 Mio. € bis 2025) und wird gemeinsam mit dem Dezernat IV bzw. II und dem Oberbürgermeister in Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat den Prozess einer Aufgabenkritik für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 Anfang 2019 vorbereiten. Das Thema Aufgabenkritik soll auch im Rahmen der Klausur des Organisations- und Personalausschuss diskutiert werden.

Diers